

Region

Die Stadt Bern verteidigt ihre Tourismus-Strategie

Verzicht auf Fernmärkte Hoteliers kritisieren den Verzicht auf Gäste aus Übersee als rot-grüne Zwängerei. Die Stadt und eine Tourismusforscherin sehen das anders.

Benjamin Bitoun

Welche Touristen sind nach Ende der Pandemie in Bern willkommen? Diese Frage birgt in der Bundesstadt einiges an Zündstoff. Gäste aus der Schweiz und dem nahen Ausland hielten Hotellerie und Gastgewerbe während der letzten Corona-Jahre über Wasser. Doch geben Touristinnen und Touristen aus den sogenannten Fernmärkten wie Asien oder den USA hierzulande viel mehr Geld aus und sind deshalb auf lange Sicht unverzichtbar. So warnt das Berner Gastgewerbe.

Deshalb haben einige Hoteliers wenig Verständnis dafür, dass

«Die Bundesstadt muss sich wieder selbstbewusster vermarkten.»

Tom Berger

Co-Fraktionspräsident der FDP

die Tourismusorganisation Bern Welcome die lukrativen Fernmärkte anderen Schweizer Destinationen überlässt und stattdessen voll auf die Heim- und Nahmärkte setzt. «Eine solche Tourismusstrategie basiert auf politischen und ideologischen Überlegungen und nicht auf unternehmerischen», kritisierte Hotellerie-Suisse-Direktor Claude Meier jüngst in dieser Zeitung.

Er warnt: Die Abkehr vom Fernmarkt-Tourismus aus ökologischen Gründen vernichte in Bern wichtige Arbeitsplätze.

Die Bürgerlichen stossen ins selbe Horn: Tom Berger, Co-Fraktionspräsident der Stadtberner FDP, fordert via Twitter mehr Engagement der Tourismusorganisation in Übersee. Die Bundesstadt müsse sich wieder selbstbewusster vermarkten.

Grünes Bündnis: «Lenkung ist wichtig»

Ursina Anderegg, Co-Präsidentin des Stadtberner Grünen Bündnisses (GB), sieht das anders. Besonders stört sie sich am Argument der Arbeitsplatzvernichtung. Dass dieser Vorwurf ausgerechnet von einer Branche komme, in der oftmals nur Niedriglöhne bezahlt würden, sei zynisch. «Die Hotelbranche soll sich besser darum kümmern, dass ihre Angestellten nicht trotz Job ein Leben an der Armutsgrenze führen müssen, und endlich anständige Löhne zahlen.» Dass in Sachen Tourismus in Bern die politische Ideologie vor unternehmerischen Überlegungen kommt – damit kann Anderegg gut leben: «Wenn man schon unbedingt eine städtische Tourismusstrategie verfolgen will, dann muss diese logischerweise politisch sein.»

Dies zum einen, weil die Stadtvermarkterin Bern Welcome ja mit öffentlichen Geldern ausgestattet werde, so die grüne Politikerin. Zum anderen, weil auch eine rein unternehmerische Strategie letztlich ideologisch sei

und die Logik des freien Marktes Mensch und Umwelt nachweislich grossen Schaden zufüge. Ginge es nach dem Willen des Grünen Bündnisses, dann würde Bern in Sachen Tourismus einen ganz anderen Kurs einschla-

«Durch einen Verzicht auf Tourismuswerbung liesse sich viel unnötige Mobilität einsparen.»

Ursina Anderegg

Co-Präsidentin Grünes Bündnis

gen: «Wir stehen der Tourismusförderung grundsätzlich kritisch gegenüber», sagt Anderegg. «Durch einen globalen Verzicht auf Tourismuswerbung liesse sich viel an unnötiger Mobilität einsparen.» Da mache der Berner Versuch, politisch einzugreifen und den Tourismus in nachhaltigere Bahnen zu lenken, sicherlich Sinn.

Auch Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) kann mit der Kritik der Berner Hoteliers und ihres Branchenverbands nichts anfangen. Wie die Stadt Luzern einseitig auf Fernmärkte zu setzen, sei wenig zielführend. «Längerfristiger Erfolg setzt eine nachhaltige, resiliente Strategie voraus und nicht kurzfristige Nutzenmaximierung.» Die Stra-

tegie von Bern Welcome mit Fokus auf Nahmärkte schaffe dafür gute Voraussetzungen.

«Eine nachhaltige Tourismuspolitik setzt voraus, dass diese von der Bevölkerung mitgetragen wird und es beispielsweise nicht zu Overtourism-Phänomenen kommt», so von Graffenried weiter. Die kritischen Einwände des Grünen Bündnisses zeigten, dass eine «Hors-sol-Tourismuspolitik» eben gerade nicht funktioniere, sondern eine gute politische Abstützung nötig sei.

«Ein uraltes Tourismusdilemma»

Kosten versus Nutzen – der Zielkonflikt zwischen Klima und Einnahmen: «Das ist ein uraltes Tourismusdilemma», sagt Monika Bandi Tanner, Co-Leiterin der Tourismus-Forschungsstelle der Universität Bern. In den 1970er-Jahren sei beispielsweise das unbremste Bauen in den Tourismusorten das dominierende Thema gewesen, dem man durch die Einführung der Raumplanung habe Einhalt gebieten wollen. Damals wie heute gelte der Grundsatz: «Tourismus ist ein öffentliches Thema, weil viel davon im öffentlichen Raum stattfindet». Und diesen gelte es vor Übernutzung zu schützen.

Dennoch hat die Tourismusforscherin ein gewisses Verständnis für die Forderung der Berner Hoteliers, die Märkte in Übersee nicht ganz links liegen zu lassen. «Gerade grosse Häuser werden wohl nie ohne Gäste aus den Fernmärkten auskommen», sagt sie. Dazu komme :

Weil gerade in der Hotellerie viele Projekte hohe Anfangsinvestitionen verlangen, seien die Geschäftsmodelle stark wachstumsgetrieben. Und da in der Schweiz der Anteil an Reisenden kaum mehr wachse, könnten die zusätzlichen Gäste leichter aus den Fernmärkten kommen.

Die Hoteliers müssten sich deshalb die Frage stellen: «Wollen sie sich dem Frequenzwachstum im Tourismus beugen – oder wollen sie neue, innovative Lösungen suchen? Bandi zufolge kann das Setzen von neuen Rahmenbedingungen für Ferngäste ein Ansatzpunkt sein. «Hotels könnten für ausländische Gäste eine Mindestaufent-

«Hotels könnten für ausländische Gäste eine Mindestaufenthaltsdauer von mehreren Nächten einführen.»

Monika Bandi Tanner

Forschungsstelle Tourismus der Universität Bern

haltsdauer von mehreren Nächten einführen.» Viele Hotelbetriebe in Orten wie Gstaad oder St. Moritz würden eine solche bereits kennen. «Dadurch würde sich die Energiebilanz von An- und Abreise verbessern.»

Stadt Bern prüft anonyme Gratistests

Geschlechtskrankheiten Nach Zürich soll auch die Stadt Bern anonyme Gratistests für sexuell übertragbare Krankheiten ermöglichen. Das fordert die SP/Juso-Fraktion im Berner Stadtrat. Der Gemeinderat steht dem Vorstoss positiv gegenüber. Er beantragt das Postulat erheblich zu erklären, wie aus der Antwort hervorgeht.

In Bern gebe es schon heute die Möglichkeit, sich anonym auf Krankheiten wie HIV, Syphilis, Chlamydien, Tripper und Hepatitis testen zu lassen, schreibt die SP/Juso-Fraktion in ihrem Vorstoss. Doch dann müssten die Betroffenen die Kosten selber tragen. Und das sei nicht allen möglich. Dadurch werde riskiert, dass Menschen die Infektion oftmals unbemerkt in sich tragen und übertragen. Niederschwellige anonyme Gratistests hätten deshalb einen hohen Kosten-Nutzen-Effekt für die ganze Gesellschaft und könnten die Betroffenen vor schweren Folgen schützen. In grossen deutschen Städten habe sich das Angebot bewährt. (sda)

Gemeinderat für Gebühren nach Einkommen

Stadt Bern Die Grünen in der Stadt Bern brachten die Idee von einkommensabhängigen Gebühren ins Spiel. Der Gemeinderat empfiehlt nun dem Stadtparlament, das Postulat der GB/JA-Fraktion für erheblich zu erklären. In Bern werden Gebühren etwa fällig für Einbürgerungen, Veranstaltungen, Demonstrationen, Autoparkieren, Entsorgung, Hundehaltung und vieles mehr. Menschen mit tiefem Einkommen könnten sich Gebühren nicht oder nur mit Mühe leisten, schrieb die GB/JA-Fraktion. In einer «Stadt für alle» sollten öffentliche Dienstleistungen allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Der Gemeinderat solle prüfen, wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Gebührenreglement aufgenommen werden könnte. Damit die Stadtkasse nicht darunter leide, könnte man allenfalls die Gebühren für Gutverdienende erhöhen. (sda)

Das Bollwerk soll seinen Namen behalten

Stadt Bern Die mehreren Dutzend Stadtberner Strassen, die einen militärischen oder kriegerischen Bezug haben, sollen nicht umbenannt werden. Die GB/JA-Fraktion im Stadtparlament versucht mit einer Motion «ein Zeichen gegen Krieg und Militarisierung» zu setzen. Die fraglichen Strassen sollen demnach die Namen von Frauen erhalten, die sich für den Frieden stark gemacht haben. Zum Beispiel das Bollwerk, die Schützenmattstrasse und der Kanonenweg sollten also umbenannt werden. In seiner Antwort lehnt der Gemeinderat den Vorstoss ab. Historische Bezüge etwa, die Vertrautheit der Bevölkerung mit den bestehenden Strassennamen und auch der administrative Aufwand sprächen gegen die Umbenennung. Entscheiden wird der Stadtrat. (red)

Der Gletschersee läuft kontrolliert aus

Plaine-Morte «Relativ entspannt» nennt die Gemeinde Lenk die Lage in Zusammenhang mit dem Favergesee.

Mit zwei Baggern wurde in den letzten zwei Wochen ein 430 Meter langer Graben in den Plaine-Morte-Gletscher gebaut, der nur wenige Meter parallel zum vor zwei Jahren erstellten, inzwischen vom Schnee des Winters zugedeckten Graben verläuft. Am letzten Freitag begann sich das vom launenhaften Faverge-Gletschersee gestaute Schmelzwasser seinen Weg durch den Kanal und von dort subglazial – also unterirdisch – zu bahnen und Richtung Simme abzulaufen. «Und seit Samstag läuft der See konstant mit bis zu 8000 Litern Wasser pro Sekunde aus», sagte gestern Beat Rohrbach, Präsident der Schwellenkorporation Lenk. «Von einer akuten Gefährdung für die Bevölkerung kann keine Rede sein», versicherte der Lenker Gemeindepräsident René Müller. Als Vorsichtsmassnahme habe man lediglich die Simmenfälle, die Barbarabrücke und den Wanderweg vom Fluhsee zum Trübbach gesperrt und die Öffentlichkeit für die erhöhte Gefahr vor Hochwasser im Bereich der fliessenden Gewässer sensibilisiert. Einen grossen Wasseranbruch des Gletschersees wie vor vier Jahren erwarten die Lenker Behörden nicht. (bpm)



Der Favergesee beim Plaine-Morte-Gletscher gestern. Ganz links ist Sierre zu sehen. Foto: Bruno Petroni